

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bruttoabgabe 6.— Mk. bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk. für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — **Postfachkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13603. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4506

**Inseratenpreise:** Die 7spaltige Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mk. bei Platzvorrat 2.20 Mk.; Familiennachrichten, die 7spaltige Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Akademie für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

### Rechtssozialistische Kampfanfrage an das Ministerium Stegerwald.

Berlin, 7. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Vorwärts nimmt heute in einem Leitartikel zu Erklärungen des preussischen Ministerpräsidenten zur Frage der Kabinettsbildung Stellung. Dieser Artikel muß als eine deutliche Kampfanfrage der sozialdemokratischen Partei an das Ministerium Stegerwald aufgefaßt werden. Der Vorwärts erklärt, Herr Stegerwald habe seine Ausführungen bemüht, um das Gegenteil dessen zu sagen, was er wolle. Er habe gesagt, „eine Regierungsumbildung halte ich für politisch erwünscht und sachlich notwendig“, in Wirklichkeit aber habe er gemeint, „ich denke gar nicht daran, zurückzutreten, hier bin ich, hier bleibe ich“. Der Vorwärts sagt dann weiter, wenn Herr Stegerwald glaube, eine PreSSION auf die Sozialdemokratie ausüben zu können, daß sie ihren Widerstand gegen die Blockgemeinschaft mit der Deutschen Volkspartei aufhebe, so sei er in einem Irrtum. Zwar sei die Regierung Stegerwald mit ihrer unwürdigen Abhängigkeit von der Rechten eine sehr unerfreuliche Erscheinung, deren Beseitigung der Vorwärts für eine der wichtigsten politischen Aufgaben der Gegenwart hält, aber man ersehe nicht ein unerfahrenes System durch ein anderes. Die Beseitigung des Kabinetts Stegerwald hat in den Augen des Vorwärts nur dann einen politischen Zweck, wenn an seine Stelle eine mehr nach links gerichtete Regierung tritt. Wenn also Herr Stegerwald etwas mehr selbstbewußt sich einen Zeitpunkt für seinen Rücktritt vorbehalten habe, so solle er nicht vergessen, daß es in einer Demokratie nicht ganz im Belieben eines Ministeriums steht, sich seine Sterbestunde selber auszusuchen. Jedenfalls hat Herr Stegerwald eine Situation verpaßt, in der er die für die Dauer unhaltbare Stellung seiner Regierung mit Aufwand hätte beenden können. Zum Schluß erklärt der Vorwärts: „Schade fürwahr! Denn Herr Stegerwald gehörte einst zu den Leuten, die ihren guten Ruf als Politiker noch zu verlieren hatten, nun wird er wohl zu denen gehören, von denen man zu sagen pflegt, sie hätten eine große Zukunft hinter sich.“

von der Einwohnerwehrleitung noch an die Mitglieder ergehen werden, einzuliefern.

Heute, am 7. Juni, sind die Ausführungsbestimmungen für die Entwaffnung der Einwohnerwehr von der Landesleitung der Einwohnerwehr noch nicht erlassen.

Wie der Frankfurter Zeitung aus München gemeldet wird, soll die Entwaffnung in ganz Bayern in vollem Gange sein. Allein in München seien gestern 600 Maschinengewehre zur Ablieferung gelangt. Zwanzig große, von der Reichstreuhand-Gesellschaft errichtete Sammlerlager seien über das ganze Land verteilt und ein großer Transportapparat sei in Bewegung gesetzt worden, um die Waffen von überall her so rasch wie möglich den nächsten Sammlerlagern zuzuführen, die unter scharfer polizeiliche Bewachung gestellt worden seien. Die Auflösung der Einwohnerwehren werde erfolgen, sobald die Entwaffnung bei den einzelnen Organisationen beendet sei.

### Vor dem Ende des englischen Bergarbeiterstreiks?

Berlin, 7. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Ueber die Lage im englischen Bergarbeiterstreik liegen mehrere Meldungen vor. Die Volkliche Zeitung erklärt, daß der Bergarbeiterstreik vor dem Zusammenbruch stehe, da den englischen Gewerkschaften die Mittel zur weiteren Durchführung des Streikes ausgehen und die Transportarbeiter nicht weiter bereit sind, die Kohlenperre durchzuführen. Deshalb sahstehen in immer weitergehendem Umfange Arbeiter einzelner Gruben oder Grubengesellschaften Lohnabkommen mit ihren Unternehmern ab. Diese Abkommen stehen in direktem Widerspruch zu dem Grundgedanken der nationalen Lohnregelung, werden aber zweifellos durch die neueste Erklärung Lloyd Georges gefördert, in der mitteilte, daß die von der Regierung in Aussicht gestellte Subvention von 10 Millionen Pfund zum Ausgleich besonders unlangweiliger Lohnherabsetzungen nur noch bis zum 20. Juni zur Verfügung gestellt werden würde. Das Berliner Tageblatt schreibt im Widerspruch zu dieser Meldung, die Konferenz des Exekutivauschusses der Grubenarbeiter und der Grubenbesitzer hat gestern früh zusammen und der Vorsitzende, Ewan Williams stellte seinen Kollegen mit, daß er ein nichtoffizielles Angebot gemacht hätte. Dieses Angebot wurde sofort angenommen und eine offizielle Einladung zur Abhaltung einer Konferenz erlassen. Gestern nacht hat diese Konferenz begonnen. Man ist allgemein der Ansicht, daß dort, wo die Unterhandlungen begonnen worden sind, sie nicht wieder abgebrochen werden dürften, ohne daß eine Regelung zustande gekommen ist.

### Der Hauptflüher bei der Ermordung Rosa Luxemburgs verhaftet.

Berlin, 7. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Freiheit erzählt, daß der berüchtigte Leutnant Krull, der im Verdacht steht, an der Ermordung Rosa Luxemburgs beteiligt gewesen zu sein, vor einigen Tagen auf Befehl der Staatsanwaltschaft verhaftet worden ist. Der Name Krull ist im Zusammenhang mit dem Balkinunabenteuer zuerst in der Öffentlichkeit bekanntgeworden. Krull war damals Verbindungsoffizier des berüchtigtsten Sturmbataillons Kossach, das im Oktober 1919 entgegen dem Verbot der Reichsregierung über die ostpreussische Grenze nach und der Republik offene Fehde anflagte. Krulls Aufgabe war es besonders, die Balkinun mittelst gefälschter Ausweise mit Lebensmitteln, Waffen und Munition zu versorgen. Er hat das Reich bei dieser Gelegenheit um Millionen betrogen, ohne das ihm ein Haar gekrümmt worden wäre. Schon während dieser Zeit rühmte sich Krull vor seinen Kameraden, Rosa Luxemburg erschossen zu haben, und zwar will er der unbekannt gebliebene Schütze gewesen sein, der, auf dem Trittbrett des Autos stehend, den tödlichen Schuß auf Rosa Luxemburg abgegeben hat. Das Verfahren gegen ihn kam aber erst in Fluß, als er eine der Frau Luxemburg entwandene Uhr zum Verkauf weitergab. Ob das Verfahren mit einer Anklage wegen Mord enden wird, ist noch sehr fraglich, denn Krull ist ein mit allen Waffen gewachsener Mann und es ist fraglich, ob die Staatsanwaltschaft soviel Eifer an den Tag legen wird, um das unerhörte und ungehörnte Verbrechen endlich aufzuklären.

### Einigung im Waldenburger Bergarbeiterstreik.

Berlin, 6. Juni. Vom Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt: Bei den Verhandlungen, die am 3. Juni 1921 im Reichsarbeitsministerium mit den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Waldenburger Bergbaubezirks geführt worden sind, wurde eine Vereinbarung getroffen, die im Sinne des Schiedspruches vom 18. Mai 1921 zunächst eine Lohnherabsetzung gewährt und eine weitere im Anschluß an die bevorstehende Verringerung des Kohlensteuergesetzes in Aussicht nimmt. Die Parteien haben sich die endgültige Stellungnahme zu dieser Vereinbarung noch vorbehalten, doch ist zu hoffen, daß auf dieser Grundlage ein baldiger Abbruch des Streiks erfolgen wird.

Waldenburg, 6. Juni. (W. T. V.) Die Streikleitung macht bekannt, daß Dienstag früh die Arbeit wieder aufgenommen wird. Gleichzeitig erläßt sie einen Aufruf an die Bergarbeiter, in dem sie sich gegen das Treiben der Kommunisten wendet, den Streik noch weiter auszudehnen.

### Ein neues imperialistisches Bündnis?

Es ist kaum einen Monat her, daß die englische Regierung ihren neuen Kurs, der auf die Wiederaufrichtung Deutschlands und Europas abzielt, gegen den heftigen Widerstand des französischen Imperialismus durchgesetzt hat, und schon droht eine neue Schwentung zurück in die altgewohnten imperialistisch-militaristischen Bahnen. Die französische Regierung gibt sich den Anschein, als ob sie in der oberhalbischen Frage ihrem politischen Verbündeten unverrückbar die Treue halten und an ihrer alten Politik der Zermürbung Deutschlands infolge ihrer oberhalbischen und Sanktionspolitik festhalten wolle. In Wirklichkeit aber ist sie, da sie eingesehen hat, daß eine Politik der Isolierung für Frankreich unmöglich sei, zu einem Kompromiß mit England bereit, wenn ihr nur statt der wirtschaftlichen Sicherungen gegen Deutschland, die ihr vorgeblich mit Oberschlesien und den Sanktionen verloren gehen, andre Sicherungen militärischer Natur garantiert werden. Die französische Regierung stellt sich so, als ob sie noch immer Grund zur Angst vor dem deutschen Militarismus habe, als ob ihr der Friedensvertrag von Versailles noch nicht genügende Sicherheiten gäbe, und unter dem Deckmantel dieser Furcht, für den ihr die Worte der Deutschen Nationalen und die Laten Escherichs Vorwände in Hilfe und Hilfe liefern, sucht sie England auf eine imperialistische Bündnispolitik festzulegen.

Die französischen Imperialisten haben einen sehr guten Augenblick für ihren neuen Vorstoß gewählt. Das Interesse Englands für Frankreich, das in der letzten Zeit, wie die Frankreich ins Gesicht schlagende Politik der englischen Regierung gegenüber Sowjetrußland und Deutschland beweist, merklich abgeklüßt war, beginnt wieder zu wachsen, da beider imperialistische Interessen sich auf einer neuen Linie wiedergefunden haben: in der Abwehr der immer bedrohlicher werdenden nationalistischen Gefahr in Vorderasien.

Die Abkühlung zwischen England und Frankreich war nicht zum wenigsten durch die offene und verteilte Gegenläufigkeit ihrer kleinasiatischen Politik verursacht worden. Auf derselben Londoner Konferenz, auf der Lloyd George sich lediglich im Interesse seines französischen Verbündeten so energisch und schroff wie noch nie gegen Deutschland wandte und den Weg zur Anbahnung einer friedlichen Verständigung für lange Zeit verschüttete, ließ Frankreich eine orientalische Politik, die ihre Spitze eindeutig gegen England richtete. Frankreich ist es damals gewesen, das, um seine Kolonialherrschaft in Syrien ohne allzu großen militärischen Aufwand, den es sich infolge seiner kriegerischen Politik gegen Deutschland und des Widerstandes der französischen Arbeiterchaft nicht mehr leisten konnte, aufrechtzuerhalten, den türkischen Nationalhelden Kemal Pascha gegen England auspielte. Frankreich setzte durch, daß der wieder zur Herrschaft gelangte griechische König Konstantin von der Entente geschiedet und ihm ihre Unterstützung im Kampf gegen die nationalistische Bewegung in Kleinasien entzogen wurde. Frankreich setzte durch, daß die nationalistische Regierung in Angora de facto anerkannt wurde, indem ihre Delegierten nach London eingeladen wurden, daß der Vertrag von Sevres zu ihren Gunsten geändert und die Neutralität der Entente im griechisch-türkischen Konflikt proklamiert wurde. Ja, Frankreich ging sogar noch einen Schritt weiter, und es ist fraglich, ob nur seine militärische Schwäche in Kleinasien oder seine anti-englische Orientpolitik es dazu führte: es schloß mit dem Delegierten von Angora, Befir Sami Bey, einen Waffenstillstandsvertrag, der den türkischen Nationalisten Ellicien gegen die Gewährung wirtschaftlicher Vorteile dorfelbst überließ, um dem französischen Imperialismus Syrien zu sichern.

Aber inzwischen haben die Ereignisse in Kleinasien eine Wendung genommen, die den französischen Imperialisten gar nicht sympathisch ist. In den Orientpläneleien zwischen Frankreich und England ist Kemal Pascha der lachende Dritte geblieben. Nachdem er dank seiner klugen Verständigungspolitik mit der Entente, die ihm doch die Rückkehr zu seinen bolschewistischen Freunden und die bolschewistische Rückendeckung im Norden nicht abschneid, einen leichten Sieg über den griechischen Imperialismus davongetragen hatte, ließ er die Maske seiner ententefreundlichen Politik fallen. In Angora gelangte eine neue Regierung ans Ruder, die aus ihrer bolschewistenfreundlichen Gesinnung kein Hehl mehr zu machen brauchte.

Es ist nach den Eingefändnissen sowohl der Bolschewisten als auch der türkischen Nationalisten überflüssig zu bemerken, daß die bolschewistenfreundliche Politik Angoras keinen grundsätzlichen Charakter hat, ebensowenig wie die Politik, die Rußland südlich des Kaukasus betreibt. Seine grandiosen Schachzüge gegen England in Vorder- und Zentralasien haben ganz und gar keine prinzipiellen Beweggründe, die nationalistische Bewegung, die es dadurch fördert, wird diese Länder nicht aus dem Kapitalismus heraus, sondern erst in den Kapitalismus hereinzuführen. Der Gegensatz zwischen England und Rußland in Asien läßt sich auf einen Kampf um das Protektorat über die erwachenden asiatischen Völker reduzieren. Rußland ringt in diesem Kampfe dem eng-

### Ein amerikanisches Urteil über die Regierung Wirth.

Berlin, 7. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der zur Zeit in Berlin weilende amerikanische Oberst House hat einem Vertreter eines amerikanischen Blattes ein längeres Interview gewährt, in dem er erklärte, „die Tatsache, daß Waller Ratha zu bereit gewesen ist, den Posten des Wiederaufbauministers anzunehmen, beweise, daß diese Regierung die Absicht habe, zu handeln, sofern es nur innerhalb der Möglichkeit liegt. In vieler Hinsicht ist die gegenwärtige Regierung die gesundeste und sicherste, die Deutschland seit dem Kriege gehabt hat und es wäre für alle Beteiligten gut, könne sie mit einer möglichst tatkräftigen Unterhaltung des Reichstages bestehen bleiben, um die Probleme zu lösen, vor die das Land gestellt ist“. Zum Schluß hob Oberst House die Bereitwilligkeit des Kabinetts Wirth hervor, mit Frankreich zu einem politischen und wirtschaftlichen Ausgleich zu gelangen. In diesem Zusammenhang wirkte Wirth für den Beitritt Amerikas zu einem Garantievertrag für Frankreich. Es gäbe, so sagt er, weilsichtige Deutsche, die es begrüßen würden, wenn die Vereinigten Staaten und Großbritannien Frankreich ihre Hilfe garantieren für den Fall eines unbilligen Angriffs von Seiten Deutschlands. Das würde Frankreich die Sicherheit geben, die es bis jetzt auf eine Weise zu erreichen versuchte, die jeden wirtschaftlichen und politischen Frieden unmöglich macht.

### Aufforderung an die Einwohnerwehr zur Waffenabgabe.

München, 7. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der bayerische Landeskommissar für die Entwaffnung der Zivilbevölkerung hat an die Mitglieder der bayerischen Einwohnerwehr eine öffentliche Aufforderung zur Waffenabgabe gerichtet. In dieser Aufforderung heißt es: Bis zum 10. Juni laufenden Jahres muß auf Grund des Ultimatus der Entente die Ablieferung der Gewehre und Maschinengewehre der Selbstschutzorganisationen, bis zum 30. Juni ferner die Ablieferung sämtlicher übrigen Waffen, die unter das Entwaffnungsgesetz fallen, sowie der zugehörigen Munition der interalliierten Militärkontrollkommission amtlich angezeigt sein. Die bayerische Einwohnerwehr hat beschloffen, die Entwaffnung freiwillig durchzuführen und die Waffen nebst Munition an die Reichstreuhandgesellschaft so rechtzeitig abzugeben, daß die von der interalliierten Militärkommission vorgeschriebenen Fristen gewahrt werden können. Unter Hinweis auf die Bayern- und dem übrigen Reich bei Nichterhaltung der Forderungen des Ultimatus drohenden läweren Folgen werden die Mitglieder der Einwohnerwehr aufgefordert, die noch in ihren Händen befindlichen Militärwaffen usw. entsprechend den Weisungen, die